



Praxistest #4

Die Eurokrise unterrichten

Was lernen SchülerInnen in Deutschland und Frankreich über die Eurokrise?

Philipp Kortendiek, Till van Treeck

CIVES-Praxistest

ISSN (online) 2364-6292

Die Reihe *CIVES-Praxistest* zielt auf die unterrichtliche Praxis der sozialwissenschaftlichen Bildung ab. Ziel ist es, den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis zu stärken, einen Raum für Beiträge mit explorativem Charakter zu bieten und unterschiedliche Sichtweisen miteinander zu kontrastieren. Bei Beiträgen zur Reihe handelt es sich z. B. um Besprechungen von Unterrichtsmaterialien, die im Hinblick auf Qualitätsmerkmale wie fachliche Richtigkeit, Berücksichtigung unterschiedlicher Standpunkte und Ausgewogenheit der Darstellung betrachtet werden. Ebenso werden Entwürfe für Unterrichtsstunden oder -reihen zu aktuellen Themen für den Politik-/SoWi-Unterricht veröffentlicht, die einer praktischen Erprobung bedürfen. Veröffentlichungen in *CIVES-Praxistest* werden fachwissenschaftlich/fachdidaktisch durch das *CIVES*-Team betreut. *CIVES-Praxistest* ist offen für externe Beiträge. Gerade Bildungspraktiker/-innen laden wir zur Mitwirkung ein.

Die *CIVES! School of Civic Education* stärkt den integrativen und multidisziplinären Charakter der Lehrer/-innenausbildung im Fach Sozialwissenschaften der Universität Duisburg-Essen. *CIVES* wird aus öffentlichen Mitteln finanziert.

CIVES fördert die Zusammenarbeit zwischen Universität und Schule und trägt mit Angeboten für Studierende und

bereits unterrichtende Politik-/SoWi-Lehrerinnen und Lehrer zu einer professionellen Aus- und Weiterbildung bei.

(Zukünftige) Lehrkräfte sollen so in die Lage versetzt werden, Schüler und Schülerinnen zu mündigen Bürgern und Bürgerinnen zu bilden, die sozialwissenschaftliche Sachgegenstände multiperspektivisch betrachten können.

Philipp Kortendiek, Till van Treeck

Die Eurokrise unterrichten

Was lernen SchülerInnen in Deutschland und Frankreich über die Eurokrise?

Kurzbeschreibung

Die anhaltende Wirtschafts- und Finanzkrise im Euroraum hat zu schwerwiegenden sozialen und politischen Konsequenzen geführt, welche die Europäische Union in ihren Grundfesten erschüttert haben. In Anbetracht des hohen Grades an Kontroversität, der die Debatten um die Eurokrise begleitet, ist es wichtig zu fragen, was SchülerInnen in Europa über die Entstehung und Konsequenzen der Krise lernen. In diesem Beitrag wird gezeigt, dass SchülerInnen an weiterführenden Schulen in Deutschland und Frankreich, den beiden bevölkerungsreichsten Ländern der Europäischen Union, mit recht unterschiedlichen Perspektiven auf die Krise konfrontiert werden. Dazu werden ausgewählte Unterrichtsmaterialien betrachtet, bei denen (auch wenn sie möglicherweise nicht repräsentativ sind) davon auszugehen ist, dass sie in deutschen und französischen Klassenzimmern breite Anwendung finden. Die Materialien, die vom französischen Schulministerium empfohlen werden, geben zumeist eine keynesianische Perspektive auf die Eurokrise wieder, während die deutschen Unterrichtsmaterialien großteils eine neoklassische Sichtweise widerspiegeln, mit Ausnahme von Materialien der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Es wäre wichtig zu untersuchen, in welchem Ausmaß die Unterschiede in den Schulmaterialien französische und deutsche SchülerInnen tatsächlich in ihrer Wahrnehmung und ihrem Wissen über die Eurokrise beeinflussen. Der Beitrag basiert auf der BA-Arbeit "Enseigner la crise/Die Krise unterrichten - Eine Analyse von deutschen und französischen Unterrichtsmaterialien zur Eurokrise", die von Philipp Kortendiek angefertigt und von Till van Treeck betreut wurde.

Über die Autoren

Philipp Kortendiek ist Studierender der Sozialwissenschaften und der Frankoromanistik an der Universität Duisburg-Essen. Till van Treeck ist Professor für Sozialökonomie an der Universität Duisburg-Essen. Seit Oktober 2014 ist er Co-Leiter der *CIVES! School of Civic Education* und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Forschungsstelle für wissenschaftsbasierte gesellschaftliche Weiterentwicklung (FWGW). Er ist außerdem Senior Research Fellow am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung und Mitglied der Koordinierungsgruppe des Forschungsnetzwerk Makroökonomie und Makropolitik (FMM). Seine Arbeitsschwerpunkte sind Einkommensverteilung aus makroökonomischer Perspektive, deutsche und europäische Wirtschaftspolitik und ökonomische Bildung.

philipp.kortendiek@stud.uni-due.de

till.vantreeck@uni-due.de

Inhaltsverzeichnis

Zwei Erzählungen einer Krise	5
Das „neoklassische Narrativ“	6
Das „keynesianische Narrativ“	6
Unterrichtsmaterialien in Frankreich und Deutschland	7
Frankreich.....	7
Deutschland.....	10
Sollte Europa so seine zukünftigen WählerInnen und politischen EntscheidungsträgerInnen ausbilden?	12
Anmerkungen.....	14
Literaturverzeichnis.....	16
Impressum.....	17

Die Eurokrise unterrichten – Was lernen SchülerInnen in Deutschland und Frankreich über die Eurokrise?

Die anhaltende Wirtschafts- und Finanzkrise im Euroraum hat zu schwerwiegenden sozialen und politischen Konsequenzen geführt, welche die Europäische Union in ihren Grundfesten erschüttert hat. Eine Reihe von Staaten, darunter Zypern, Griechenland, Irland, Portugal und Spanien, hatten und haben Schwierigkeiten, ihre Staatsschulden zu refinanzieren. Sie mussten durch neue und unkonventionelle Finanzierungsmechanismen „gerettet“ werden, die von der Europäischen Zentralbank, dem Internationalen Währungsfond und den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bereitgestellt wurden. In Griechenland und Spanien erreichten die Arbeitslosenquoten schwindelerregende Höhen von 25 Prozent und mehr, aber auch in anderen, nicht direkt von einer Insolvenz bedrohten Ländern wie Italien oder Frankreich ist die wirtschaftliche Entwicklung besorgniserregend. Unterdessen sind sowohl die innenpolitischen als auch die internationalen Spannungen in Europa gewachsen. In vielen EU-Staaten haben die etablierten politischen Parteien die Unterstützung der breiten Wählerschaft verloren, und radikalere politische Gruppierungen erhalten vermehrt Zulauf. Auf der internationalen Ebene ist das Ausmaß des Misstrauens zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern, insbesondere zwischen Deutschland und Griechenland, so stark gestiegen, wie es die meisten europäischen BürgerInnen noch nie erlebt haben. Das Projekt der gemeinsamen Währung ist eindeutig in Gefahr.

In Anbetracht des hohen Grades an Kontroversität, der die Debatten um die Eurokrise begleitet, ist es wichtig zu fragen, was SchülerInnen in Europa über die Entstehung und Konsequenzen der

Krise lernen. Denn die heutigen SchülerInnen sind die zukünftigen EntscheidungsträgerInnen, ihr Wissen und ihre Einstellungen zu den Ursachen der Eurokrise werden von äußerster Wichtigkeit bei der zukünftigen Gestaltung des europäischen Projekts sein.

In diesem Beitrag wird gezeigt, dass SchülerInnen an weiterführenden Schulen in Deutschland und Frankreich, den beiden bevölkerungsreichsten Ländern der Europäischen Union, mit recht unterschiedlichen Perspektiven auf die Krise konfrontiert werden. Im Folgenden werden zunächst zwei archetypische Positionen skizziert, die auf verschiedenen ökonomischen Theorien basieren und die kontroversen Debatten über die Ursachen und die angeregten Lösungen der Eurokrise dominiert haben. Anschließend werden ausgewählte Unterrichtsmaterialien betrachtet, bei denen davon auszugehen ist, dass sie in deutschen und französischen Klassenzimmern breite Anwendung finden. Unsere vorläufige Schlussfolgerung lautet, dass das „Kontroversitätsgebot“, eigentlich eine allseits akzeptierte Leitidee der politischen Bildung, unter Umständen nicht ausreichend beachtet wird.

Zwei Erzählungen einer Krise

Viele PolitikerInnen und Ökonominnen sind sich in ihren Ansichten über die Ursachen der Krise uneins. Wir unterscheiden in diesem Aufsatz zwischen einer neoklassischen und einer keynesianischen Position. Dies ist zweifellos eine starke Vereinfachung, da viele Wirtschaftswissenschaftler/-innen neoklassische und keynesianische (und weitere) Elemente in ihren Arbeiten kombinieren, um die Krise zu verstehen. Jedoch ist es aus pädagogischen Gründen sinnvoll, zwei archetypische theoretische Ansätze zu identifizieren, um den Grad an Kontroversität hervorzuheben, der die Krise kennzeichnet.

Das „neoklassische Narrativ“: Die Krise ist hauptsächlich aufgrund von fehlender Wettbewerbsfähigkeit und verschwenderischer Staatsausgaben in den Krisenländern entstanden

Ein erster einflussreicher Diskurs in den gegenwärtigen Debatten, basierend auf Ideen der neoklassischen Denkschule, geht davon aus, dass die heutigen Krisenländer nach der Einführung des Euro 1999 zu lange über ihre Verhältnisse gelebt haben. Diese Ansicht kann wie folgt zusammengefasst werden: Anstatt die nach Einführung des Euro zusätzlichen Kapitalströme für produktive Investitionen zu nutzen, haben die heutigen Krisenstaaten diese primär für Konsum ausgegeben. Dies hat zu einem übermäßigen Anstieg von öffentlicher oder privater Verschuldung geführt. Darüber hinaus sind in diesen Ländern die Löhne im Vorkrisenzeitraum im Verhältnis zur Arbeitsproduktivität zu stark gestiegen und dementsprechend hat sich die Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder verschlechtert. Deshalb nahmen die Exporte ab und die Importe zu, was zu einer Verschlechterung der Leistungsbilanzen geführt hat. Einhergehend mit der Ursachenbeschreibung, dass strukturelle Probleme in den Defizitländern der Krise zugrunde liegen, wird auf folgende wirtschaftspolitische Implikationen hingewiesen: Reformen, vor allem auf nationaler Ebene, in Ländern wie Portugal, Irland, Griechenland oder Spanien, aber auch in anderen Ländern mit Wettbewerbsproblemen, darunter Frankreich und Italien, sind notwendig, um die Probleme wirksam zu bekämpfen. Diese angebotsorientierten Reformen beinhalten Lohnkürzungen, Deregulierung des Arbeitsmarkts und fiskalische Kürzungsmaßnahmen. Schließlich wird die Krise generell als Staatsschuldenkrise eingestuft. Die heutigen Krisenländer haben die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts gebrochen, welche besagen, dass das jährliche Haushaltsdefizit nie mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) und die öffentliche Verschuldung eines Landes im Verhältnis zum BIP nie mehr als 60 Prozent betragen darf. Während einige Staaten wie Griechenland diese Re-

geln bereits vor Ausbruch der Krise gebrochen haben, hatten andere Länder wie Spanien oder Irland vor der Krise eine eher niedrige Verschuldung. Letztere Staaten verzeichneten jedoch steigende staatliche Defizite und Schulden in Folge des Versuchs ihrer Regierungen, die Rezession zu bewältigen und einen Teil der Schulden des Privatsektors zu übernehmen, sobald die Krise ausgebrochen war. Neoklassische ÖkonomInnen, insbesondere diejenigen der in Deutschland dominanten ordoliberalen Variante, lehnen üblicherweise die Auffassung ab, dass hochverschuldete Länder durch einen Bail-out „gerettet“ werden sollen. Für einen solchen Vorgang müssten andere, finanziell bessergestellte Staaten der Eurozone haften. Hinter der Ablehnung verbirgt sich das Argument, dass ein Bail-out die nationale Verantwortung der Krisenländer untergraben würde, die als notwendig erachteten Reformen umzusetzen. Stattdessen verlangen die Vertreter dieses Ansatzes, dass die Regeln der Maastricht-Kriterien hinsichtlich öffentlicher Defizite und Staatsschuldenquoten strikt angewendet und verschärft werden.

Das „keynesianische Narrativ“: Restriktive Fiskalpolitik und Lohnzurückhaltung in Exportüberschussländern wie Deutschland sind ein großer Teil des Problems

Keynesianische ÖkonomenInnen kritisieren die soeben dargelegte „angebotsorientierte“ Deutung der Krise. Sie argumentieren insbesondere, dass die Exportdefizite der heutigen Krisenländer nicht zuletzt die Kehrseite der schwachen Binnennachfrage und übermäßiger Abhängigkeit von Nettoexporten einer Reihe von Ländern im „Zentrum“ der Eurozone gewesen sind. Es ist eindeutig, dass den Exportüberschüssen einer Gruppe von Ländern (darunter Deutschland, Österreich, die Niederlande und andere) Exportdefizite in anderen Ländern (darunter Griechenland, Spanien, Portugal, aber auch Frankreich und Italien) gegenüberstehen müssen. Der keynesianischen Analyse zufolge haben sowohl die Stagnation der Reallöhne sowie der mittleren

Einkommen als auch die restriktive Fiskalpolitik vor allem in Deutschland, bei Weitem Europas größte Wirtschaft, zu den Handelsungleichgewichten innerhalb der Eurozone beigetragen. Die Gründe hierfür sind gemäß dieser Kriseninterpretation, dass Lohndeflation, Deregulierung des Arbeitsmarkts und Kürzungen in Deutschlands Sozialversicherungssystemen die Konsumnachfrage geschwächt haben, während die Regierung gleichzeitig eine prozyklische und kontraktive Fiskalpolitik in den ersten Jahren nach Einführung des Euros umgesetzt hat. Da Nachfrage und Inflation in Deutschland in den Jahren nach Einführung des Euros so niedrig waren, musste die Europäische Zentralbank die Zinsen über einen langen Zeitraum niedrig halten, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Deutschland und anderen Ländern im „Zentrum“ zu unterstützen. Dies hat das exzessive Wachstum der privaten Verschuldung insbesondere in den Ländern der Peripherie mit befördert.

Somit hat die Wirtschaftspolitik in Deutschland, folgt man der keynesianischen Perspektive, in entscheidendem Maße zu den Problemen der Exportdefizitländer beigetragen. Diese Analyse steht im Widerspruch zur neoklassischen Sichtweise, bei der darauf hingewiesen wird, dass alle Länder Deutschlands Beispiel hätten folgen sollen, indem sie ebenfalls ihre Arbeitsmärkte deregulieren und Druck auf die Löhne ausüben, um die Beschäftigung zu stärken. Die keynesianische Antwort darauf wäre, dass die Eurozone als Ganzes bereits vor dem Ausbruch der jetzigen Krise in eine lang anhaltende Rezession gefallen wäre, falls die Binnennachfrage im Rest der Eurozone so schwach gewesen wäre, wie sie in Deutschland in den ersten Jahren nach Schaffung des Währungsraums war.

Ein entscheidender Beitrag zur Lösung der Krise muss nach dieser Sichtweise daher von den Überschussländern kommen, die ihre öffentlichen Investitionen erhöhen und die Lohnzurück-

haltung aufgeben sollten. Austerität wird als unpassende Antwort auf die Krise erachtet, weil sie die Rezession verschlimmert und die Stabilisierung der Verschuldung aufgrund von sinkenden Einkommen und sinkender Steuereinnahmen erschwert. Stattdessen werden antizyklische Fiskalpolitik und expansive Geldpolitik befürwortet, um die ökonomische Situation des Euroraums zu stabilisieren. Eine vertiefte wirtschaftliche Kooperation der Euroländer wird gefordert. Idealerweise sollte es eine Wirtschaftsregierung für die Währungsunion und eine gemeinschaftliche Verantwortung für Staatsschulden geben – Maßnahmen, die den vermehrten Einsatz von diskretionärer Fiskalpolitik anstelle eines ausschließlich regelbasierten Ansatzes ermöglichen sollten. Zumindest sollten die fiskalischen Konsolidierungsmaßnahmen und Lohnkürzungen in den Krisenländern begrenzt und durch höhere Staatsausgaben und Lohnerhöhungen in den Überschussländern ergänzt werden.

Unterrichtsmaterialien in Frankreich und Deutschland

Nach dieser kurzen Darstellung der unterschiedlichen Diskurse zur Krise folgt nun eine knappe – und notwendigerweise selektive – Erörterung, wie die Eurokrise in weiterführenden Schulen in Frankreich und Deutschland unterrichtet wird. Nachgezeichnet werden die neoklassischen und keynesianischen Argumente zur Krise in einer Auswahl wichtiger Unterrichtsmaterialien, um die Frage zu beantworten, ob die unterschiedlichen makroökonomischen Positionen vergleichbar gewichtet werden.

Frankreich: Das nationale Schulministerium lädt alle SchülerInnen ein, eine kritische Beurteilung der Wirtschaftspolitik der Eurozone vorzunehmen und neoklassische Denkmuster zu verwerfen

In Frankreich hat das nationale Bildungsministerium ein spezifisches Unterrichtsmaterial mit dem Titel „Wo ist der Platz der Europäischen

Union in der globalen Wirtschaft?“¹ veröffentlicht. Es wurde für das Abschlussjahr im wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Unterricht konzipiert und ist für den landesweiten Gebrauch vorgesehen. Die Lehrkräfte sind nicht formell gebunden, das Schulmaterial in ihrem Unterricht zu verwenden, aber es ist davon auszugehen, dass sie es als eine wichtige und maßgebliche Richtlinie ansehen. Das Lehrmaterial besteht aus drei Teilen: „Referenzwissen“, das die SchülerInnen erwerben müssen, „pädagogische Aktivitäten und Ressourcen“ und ein ergänzendes Literaturverzeichnis für Lehrkräfte. Die ersten beiden Teile werden im Folgenden bewertet.

Das Referenzwissen hat eine offensichtliche keynesianische Schlagseite. Ein zentrales Ergebnis, das den SchülerInnen vermittelt werden soll, beinhaltet den Standpunkt, dass die „deutsche Wahl einer Politik der Lohndeflation ein nicht generalisierbares Modell“² für Europa sei. Die Begründung für diese Aussage ist, dass nicht jedes Land innerhalb Europas eine Strategie der relativen Lohnsenkungen gegenüber seinen Handelspartnern verfolgen kann: Nicht jedes Land der Eurozone kann einen Wettbewerbsvorteil hinsichtlich seiner Arbeitskosten erzielen und die Wirtschaft über beträchtliche Handelsüberschüsse wachsen lassen (es sei denn, Länder außerhalb der Eurozone sind gewillt, Defizite zu akzeptieren). Des Weiteren sollen die SchülerInnen lernen, dass der „Stabilitäts- und Wachstumspakt [...] kein gutes Instrument gewesen ist, um die Krise vorherzusehen und auf sie zu reagieren“³. Sie werden aufgefordert, die Entscheidung der europäischen EntscheidungsträgerInnen in Frage zu stellen, die Regeln des Pakts weiter zu verschärfen, statt „eine diskretionäre Politik zugunsten von Wachstum“⁴ zu verfolgen. Die Lehrkräfte sind dazu aufgefordert, die Aufmerksamkeit ihrer SchülerInnen auf verschiedene Kritiken des makroökonomischen Policy Mix zu lenken: 2011 kritisierte der US-amerikanische Finanzminister das Versagen der Eurozone, die heimische Nachfrage durch eine expansive Fiskalpolitik anzu-

kurbeln (vgl. Éduscol: 4). Die von ÖkonomInnen formulierte Kritik an der Europäischen Zentralbank und ihrem starken Fokus auf die Inflationbekämpfung (im Gegensatz zu einem Fokus auf Wachstum) wird ebenfalls hervorgehoben (vgl. ebd.).

Die „pädagogischen Aktivitäten und Ressourcen“ beinhalten einen Abschnitt mit dem Titel „Die Staatsschuldenkrise: ein Indikator für die mangelnde Governance der Eurozone“⁵. Die Aktivität soll auf der Grundlage von zwei ökonomischen Aufsätzen ausgeführt werden, „Die Eurozone: eine schwierige Kindheit“⁶ (Creel et al. 2008) und „Die Eurozone: keine Zukunft?“⁷ (Laurent/Le Cacheux 2010), beide veröffentlicht vom „Observatoire français des conjonctures économiques“, einem öffentlich finanzierten Wirtschaftsforschungsinstitut. Zusätzlich kann ein Kapitel des Buches „Kann Europa auf eine Wirtschaftsregierung verzichten?“⁸ von Jean-François Jamet aus dem Jahr 2011 herangezogen werden.

Die Autoren des ersten Aufsatzes drücken sehr deutlich ihre Kritik an dem Streben nach externer Wettbewerbsfähigkeit durch Länder wie Deutschland aus, eine Strategie, die sie als „gefährliche Obsession“⁹ einstufen. Anstatt zu kooperieren, wären die Mitglieder der Währungsunion versucht, einen „Wettkampf um preisliche Wettbewerbsfähigkeit einzugehen“¹⁰, dessen „Konsequenzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Eurozone sehr negativ sind“¹¹. Die Autoren befassen sich ebenfalls mit den makroökonomischen Ungleichgewichten innerhalb des Währungsraums, jedoch sehen sie die hauptsächliche Verantwortung für diese Divergenzen nicht bei den Defizitländern, sondern bei den Überschussländern. Sie fokussieren dabei insbesondere auf Deutschland und dessen „opportunistische nationale Strategien“¹². Sie kritisieren das Land für seine „rigorose Lohnzurückhaltung und Steuerkonkurrenz“¹³, die zu einer „anhaltenden Schwäche der deutschen Binnennachfrage“¹⁴ und „beträchtlichen Handelsüberschüssen“¹⁵ ge-

führt haben, und für seine Weigerung, sich „ehrlich an einem Konjunkturprogramm“¹⁶ zu beteiligen. Den Autoren zufolge ist das deutsche Modell „nicht nur unwirksam, sondern auch kostspielig für die Zukunft des europäischen Projekts, das im sozialen- und steuerpolitischen Wettbewerb kaputtgeht“¹⁷. Dieser Aufsatz ist also eine offensichtliche Ablehnung der neoklassischen Interpretation der Krise.

Die Autoren des zweiten vom nationalen Schulministerium empfohlenen Aufsatzes kritisieren die europäischen Entscheidungsträger heftig dafür, dass sie Griechenland eine „so brutale und so strenge Austerität“¹⁸ auferlegt haben, die „mit Sicherheit kontraproduktiv sein werde“¹⁹. Mit der Implementierung von Austeritätsmaßnahmen haben die verantwortlichen Politiker „die Krise überall auf dem Kontinent verbreitet“²⁰, lautet ein Argument. Diese „können die Binnennachfrage der Eurozone nur schwächen und die Stabilisierung der öffentlichen Verschuldungen noch problematischer machen“²¹. Dies ist eine zugespitzte Darstellung keynesianischer Makroökonomik. Laurent/Le Cacheux kritisieren ebenfalls das „deutsche Modell“, welches ihnen zufolge „in keiner Weise den Beweis seines Erfolgs in Bezug auf Wirtschaftswachstum und Wohlergehen der Bürger erbracht“²² hat. Auch lehnen sie vehement eine überzogene Lohnzurückhaltung in den Defizitländern ab, da dies Europa „in die Deflationsspirale“²³ hineinziehen und sich als „ökonomisch unwirksam und in sozialen sowie politischen Belangen als schrecklich teuer“²⁴ herausstellen würde. Stattdessen befürworten die Autoren eine europäische Wirtschaftsregierung, die nicht der „Anlass für die Verschärfung der Haushaltsdisziplin“²⁵ sein soll, wie es die „Anhänger der Orthodoxie“²⁶ fordern, sondern vielmehr eine Institution, die offen für diskretionäre Maßnahmen ist, statt sich strikt an Regeln zu halten, und die dafür bestimmt ist, „das Wachstum in der gesamten Eurozone anzukurbeln und [...] die Wettbewerbsnachteile, welche seine verwundbarsten Mitglieder beeinträch-

tigen, zu reduzieren“.²⁷ Sie regen zudem an, dass die Krisenländer dringend ein Investitionsprogramm benötigen, das sie nicht durchführen konnten, da sie „am Kragen gepackt wurden durch die Forderungen, unverzüglich Ausgabenkürzungsprogramme bekannt zu geben, um zerknirscht Abbitte zu leisten und guten Willen im Kampf gegen die Defizite zu zeigen“²⁸.

Der Autor des dritten für den Unterricht empfohlenen Textes kritisiert ebenfalls die Austeritätsmaßnahmen, insbesondere wegen ihres negativen Einflusses auf die Investitionen in Europa (vgl. Jamet 2011: 133). Laut Jamet „haben die Erfahrungen der strukturellen Anpassungen durch den [...] IWF in der Tat gezeigt, dass Austeritätsmaßnahmen kontraproduktive Effekte haben, wenn sie sich negativ auf die Investitionen auswirken.“²⁹ Er fordert, dass „Investitionen das maßgebliche Element der europäischen Wachstumspolitik in den nächsten Jahren sein müssen“³⁰ und argumentiert, dass der öffentliche Sektor dabei die Führungsrolle übernehmen muss. Darüber hinaus unterstützt er die teilweise Vergemeinschaftung von Schulden der europäischen Regierungen, um die hohen Kreditkosten derjenigen Mitgliedsstaaten zu reduzieren, die hohe Risikoprämien für ihre Staatsanleihen bezahlen müssen (vgl. Jamet 2011: 138).

Die vom französischen Schulministerium veröffentlichten oder empfohlenen Unterrichtsmaterialien weisen einen beträchtlichen Mangel an Pluralismus auf, da sie neoklassische Sichtweisen auf die Krise entweder vernachlässigen oder zurückweisen. Neoklassische ÖkonomInnen – insbesondere solche der in Deutschland einflussreichen ordoliberalen Richtung – lehnen nachdrücklich jede Form der Vergemeinschaftung von Staatsschulden innerhalb der Währungsunion ab, weil sie fürchten, dass dies den Anreiz für hochverschuldete Staaten reduziert, sich um die Wiederherstellung und Erhaltung von gesunden öffentlichen Finanzen zu bemühen.

Deutschland: Anzeichen einer „Privatisierung“ der politischen Bildung und zu tendenziösen Unterrichtsmaterialien mit ordoliberaler Schlagseite

Wie wird die Eurokrise in Deutschland unterrichtet? Zunächst ist es notwendig, sich kurz mit der Organisation der weiterführenden Schulbildung in Deutschland zu befassen. Aufgrund der föderalen Struktur liegen die weiterführenden Schulen im Verantwortungsbereich jedes einzelnen Bundeslandes. Viele Bundesländer führen ein Verzeichnis von akkreditierten Schulbüchern, die das „Kontroversitätsgebot“ beachten müssen. Dieses Gebot ist ein Eckpfeiler des sogenannten „Beutelsbacher Konsens“, das inoffizielle „Grundgesetz“ der politischen Bildung in Deutschland. Das Problem hierbei ist jedoch, dass Schulbücher schnell veraltet sind, insbesondere in den Sozialwissenschaften, wo LehrerInnen keine vor mehreren Jahren veröffentlichten Schulbücher verwenden können, wenn sie aktuelle Ereignisse wie die Eurokrise behandeln wollen. In Nordrhein-Westfalen, dem größten deutschen Bundesland, thematisiert die überwiegende Mehrheit der offiziell zugelassenen sozialwissenschaftlichen Schulbücher die Eurokrise nicht, einfach weil sie zu alt sind (vgl. Schulministerium NRW: Verzeichnis der zugelassenen Lernmittel: Gymnasiale Oberstufe, Sozialwissenschaften). Es kann zudem erwartet werden, dass viele Schulen die neuesten Lehrbücher aus Kostengründen nicht verwenden. Infolgedessen gibt es viele private und öffentliche Anbieter von Online-Schulmaterialien, einschließlich zur Eurokrise, die von LehrerInnen genutzt werden. Jedoch sind diese Online-Schulmaterialien, im Gegensatz zu Schulbüchern, keinen offiziellen Akkreditierungsverfahren unterworfen. Damit stellt sich die Frage, ob das Kontroversitätsgebot in solchen Materialien beachtet wird. Tatsächlich wurde die Dominanz von arbeitgebernahen Thinktanks auf dem Markt für Online-Schulmaterialien in jüngster Zeit von vielen Beobachtern kritisiert (vgl. van Treeck 2014). Da eine umfassende Auswertung aller online vorhandenen Un-

terrichtsreihen zur Eurokrise an dieser Stelle zu weit führen würde, wurden drei Unterrichtsreihen von drei verschiedenen Institutionen ausgewählt: die erste ist staatlich, die zweite arbeitgebernah und die dritte gewerkschaftsnah. Obwohl diese Auswahl nicht repräsentativ ist, zeigt sie, dass SchülerInnen ein sehr unterschiedliches Bild von der Krise erhalten, in Abhängigkeit von den jeweils eingesetzten Unterrichtsmaterialien (vgl. hierzu auch van Treeck 2015).

Der erste Text „Euro am Scheideweg“ (Heinemann/Schmuck 2012) wurde von der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) veröffentlicht, einer dem Bundesinnenministerium nachgeordneten Institution. Das Material wurde sowohl gedruckt als auch online als Teil der Vorzeigepublikation der BpB „Informationen zur politischen Bildung“ veröffentlicht. Sie ist in erster Linie für den sozialwissenschaftlichen Unterricht an weiterführenden Schulen bestimmt und wird dort von LehrerInnen sowie SchülerInnen intensiv genutzt. Die beiden Autoren begreifen die Eurokrise als „Schuldenkrise“³¹ und schließen daraus, dass es gelingen müsse, „die Staatsverschuldung nachhaltig einzudämmen“³², wenn die Krise gelöst werden soll. Sie argumentieren, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt „nicht wirksam genug in der Begrenzung von Staatsverschuldung“³³ gewesen ist und dass Länder mit hohen Defiziten früher hätten sanktioniert werden müssen. So wird betont, dass Deutschland und Frankreich die 3-Prozent-Defizitgrenze 2003 verletzt haben, dafür aber nicht sanktioniert wurden. Die Autoren erklären jedoch nicht, warum Deutschland und Frankreich keinen spekulativen Angriffen auf ihre Staatsanleihen ausgesetzt waren, obwohl sie überdies eine deutlich höhere anfängliche öffentliche Schuldenquote verzeichneten (über 60 Prozent im Jahr 2007) als Spanien (36 Prozent) oder Irland (25 Prozent). Zusätzlich zur Verminderung der öffentlichen Schulden halten es die Autoren für unumgänglich, „die Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer zu steigern“³⁴, um die Krise zu lösen. In ihrer Fo-

kussierung auf öffentliche Verschuldung und makroökonomische Anpassungen in den Defizitländern spiegelt sich deutlich ein neoklassischer Krisenzugang wider. Im Gegensatz zu den französischen Autoren beurteilen Heinemann und Schmuck Deutschlands Handelsüberschüsse ausschließlich positiv (vgl. Heinemann/Schmuck 2012: 2). Ihrer Ansicht nach zeigen Deutschlands Handelsüberschüsse, dass Deutschland mehr als andere Länder der Währungsunion von der gemeinsamen Währung profitiert. Zudem stufen sie die Exportüberschüsse als einen der Gründe ein, dass das Land die Weltwirtschaftskrise der Jahre 2008/9 schneller als andere Länder überwinden konnte und sich die deutsche Wirtschaft insgesamt positiv entwickelt hat (vgl. ebd.). Der Europäische Fiskalpakt, der sogenannte „Schuldenbremsen“ in Anlehnung an das deutsche Beispiel in den Euroländern einführt, und der Euro-Plus-Pakt, der die „Wettbewerbsfähigkeit“ in den Ländern der Eurozone verbessern soll, werden als Versuche angesehen, die „Wurzeln des Problems“³⁵ anzugehen. Darüber hinaus befürworten die Autoren die Austeritätsmaßnahmen in den Defizitländern: Obwohl diese zu „sozialen Härten“³⁶ führen und dadurch die „politische Stabilität [...] dieser Länder auf eine harte Probe gestellt“³⁷ wird, werden diese Maßnahmen als unverzichtbar eingeschätzt, um die Schuldenkrise zu bewältigen. Dem Text mangelt es unübersehbar an Pluralismus in Bezug auf makroökonomische Konzepte. Ob die Austeritätsmaßnahmen in Europa tatsächlich notwendig sind, ist umstritten. In vielerlei Hinsicht propagiert dieses von der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlichte Unterrichtsmaterial eine Kriseninterpretation, die sich diametral von der durch das französische Bildungsministerium vorgeschlagenen Analyse unterscheidet.

Das zweite Unterrichtsmaterial ist ein thematisches Dossier (Wirtschaft und Schule 2011), online veröffentlicht von der „IW Medien“, einer Tochter des arbeitgeberfinanzierten Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln). Das Dos-

sier ist Teil der Internet-Plattform „Wirtschaft und Schule“, die vom arbeitgeberfinanzierten Thinktank „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) initiiert wurde. Die INSM ist sehr einflussreich auf dem Markt für Online-Unterrichtsmaterialien, ebenso wie in der allgemeinen öffentlichen politischen Debatte. Das Dossier führt drei Ursachen für die Entstehung der Krise auf: die schlechte Wettbewerbsfähigkeit der südeuropäischen Länder, Defizite in den Handels- und Leistungsbilanzen und die Problematik, dass außenwirtschaftliche Ungleichgewichte in einem nicht-optimalen Währungsraum besonders problematisch sind (vgl. Wirtschaft und Schule 2011). Die erste Ursache bezieht sich auf die Entwicklung der Lohnstückkosten innerhalb der Eurozone. Aufgrund der „moderaten“ Entwicklung der Lohnstückkosten in Deutschland blieben die Produkte des Landes „auf den internationalen Märkten wettbewerbsfähig, südeuropäische Waren wurden teurer.“³⁸ Die SchülerInnen sollen ebenfalls lernen, dass sich bei einem Anstieg der Produktionskosten in der Regel die Verkaufspreise erhöhen. Dadurch, so die Autoren, „verschlechtert sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Firmen oder auch einer ganzen Volkswirtschaft: Ihre Erzeugnisse können preislich nicht mehr mit der günstigeren internationalen Konkurrenz mithalten.“³⁹ Folglich ist für die Autoren die offensichtliche Konsequenz, dass die Löhne in Südeuropa gekürzt werden müssen, um deren Wettbewerbsfähigkeit wieder herzustellen. Im Gegensatz dazu wird das Argument, dass die Löhne in Nordeuropa möglicherweise zu niedrig sind, nicht genannt. Die zweite genannte Ursache für die Krise wird am Beispiel Griechenlands und Deutschlands erläutert: „Während [...] Griechenland 2007 in der Leistungsbilanz ein Minus von 16 Prozent hinnehmen musste, kam Deutschland auf einen beträchtlichen Überschuss von 7,6 Prozent.“⁴⁰ Im Anschluss an dieses Beispiel erklären die Autoren, wie südeuropäische Länder beträchtliche Defizite angehäuft haben und warum es notwendig ist, dass sie ihre Defizite beseitigen. Indes wird in dem Dossier

keine Kritik an den sehr hohen Überschüssen von Ländern wie Deutschland oder den Niederlanden geübt. Dies steht wiederum im Gegensatz zu keynesianischen Ideen. Die dritte genannte Krisenursache bezieht sich auf die Tatsache, dass Wechselkurse zwischen Eurozonenländern nicht mehr existieren und dass Mitgliedsstaaten nicht länger über eine unabhängige Geldpolitik verfügen (vgl. *Wirtschaft und Schule* 2011). Somit können Staaten wie zum Beispiel Griechenland nicht länger ihre nationalen Währungen wie zum Beispiel die Drachme abwerten, um die heimischen Produkte zu verbilligen. Grundsätzlich könnte eine reale Abwertung der Exportdefizitländer über Lohnzurückhaltung in den weniger wettbewerbsfähigen Ländern erreicht werden, was neoklassische Ökonomen üblicherweise bevorzugen würden, oder aber durch Lohnerhöhungen in den Überschussländern wie Deutschland. Jedoch wird im vorliegenden Dossier nur eine Möglichkeit aufgeführt: Lohnzurückhaltung und Deflation in den Defizitländern (vgl. *Wirtschaft und Schule* 2011). Insgesamt hat das von der „IW Medien“ veröffentlichte Material eine klare neoklassische Ausrichtung.

Das dritte Unterrichtsmaterial „Europas Sparpolitik: Teufelskreis oder Befreiungsschlag“ (Neumaier 2012) von Peter Neumaier wurde von der Hans-Böckler-Stiftung veröffentlicht, die dem Deutschen Gewerkschaftsbund nahesteht. In der Einleitung kritisiert der Autor die Bezeichnung der Krise als Schuldenkrise, indem er die Beispiele Spaniens und Irlands anführt, deren Schuldenstände vor Ausbruch der Krise in Übereinstimmung mit den Maastricht-Kriterien gewesen sind. Dieses Argument wird häufig vorgebracht, wenn Kritik an der Verschärfung der Regeln in Bezug auf den zulässigen Schwellenwert für Staatsverschuldung geübt wird. Anschließend führt er aus: „Die Kürzung staatlicher Ausgaben verschärft die Krise zusätzlich“⁴¹, womit er den SchülerInnen eine keynesianische Logik präsentiert. Im Hauptteil der Unterrichtsreihe kontrastiert er angebots- und nachfrageorientierte

Wirtschaftspolitik und bezieht sich dabei auf die zugrunde liegenden ökonomischen Theorien (vgl. Neumaier 2012: 3f). Folgerichtig skizziert er die ordoliberalen und keynesianischen Positionen zu einer möglichen Lösung der Krise. Erstere beinhaltet das Prinzip, dass die Defizitländer wie Spanien aus eigener Kraft ihre Schulden in den Griff bekommen und ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern müssen, letztere umfasst die Warnung, dass die Sparpolitik zu Rezession und sinkenden Steuereinnahmen führt, was die Stabilisierung der Staatsverschuldung behindert (vgl. Neumaier 2012: 3). Mit der Nennung sowohl keynesianischer als auch neoklassischer Argumente zeigt das Unterrichtsmaterial einen klaren Versuch, das Kontroversitätsgebot zu berücksichtigen. Jedoch enthält das Material anschließend einen Text mit dem Titel „Europas Sparpolitik: Teufelskreis statt Befreiungsschlag“⁴², der eine direkte und eindeutige Antwort auf die im Titel der Unterrichtsreihe gestellte Frage ist. Der Text ist eine Kritik der Sparpolitik, die als schädlich für „Wachstum und Beschäftigung“⁴³ angesehen wird. Der Autor erklärt, dass es kaum empirische Beweise dafür gebe, dass der „Sparkurs das Vertrauen von Konsumenten und Investoren stärke“⁴⁴, im Gegenteil führe dieser zu einem Nachfrageeinbruch, unter dem „alle Eurostaaten“⁴⁵ leiden. Das ist keynesianische Logik in ihrer Reinform. Das von der Hans-Böckler-Stiftung veröffentlichte Unterrichtsmaterial ist sicherlich das kontroverseste der in diesem Aufsatz ausgewerteten Materialien, auch wenn es ebenfalls nicht vollständig pluralistisch ist.

Sollte Europa so seine zukünftigen WählerInnen und politischen EntscheidungsträgerInnen ausbilden?

Die ausgewerteten Unterrichtsmaterialien sind mit Blick auf eine ausgewogene Darstellung von keynesianischen und neoklassischen Perspektiven auf die Krise nicht zufriedenstellend. Die vom französischen Bildungsministerium empfohlenen Materialien basieren größtenteils auf

keynesianischen Ansichten, wohingegen die deutschen Unterrichtseinheiten hauptsächlich neoklassische Perspektiven wiedergeben, mit Ausnahme des gewerkschaftsnahen Materials.

Die Diskrepanz in der Art und Weise, wie die Eurokrise in den Unterrichtsmaterialien der beiden größten Mitgliedsländer der Europäischen Union, Frankreich und Deutschland, dargestellt wird, scheint im Widerspruch zum Ziel der EU zu stehen, den internationalen Dialog insbesondere innerhalb der jungen Generation zu fördern. Besonders bemerkenswert sind die sehr unterschiedlichen Sichtweisen, die vom französischen Bildungsministerium auf der einen Seite und von der Bundeszentrale für politische Bildung auf der anderen Seite verbreitet werden.

Es muss an dieser Stelle erneut darauf hingewiesen werden, dass die Auswahl der Unterrichtsmaterialien in keiner Weise repräsentativ ist. So hat zum Beispiel die Bundeszentrale für politische Bildung ein neueres Online-Dossier veröffentlicht, das auf explizit und systematisch pluralistische Weise über die anhaltenden Debatten zu den Ursachen der und Lösungsvorschlägen zur Eurokrise informiert (vgl. bpb 2014: Europäische Schuldenkrise).

Obwohl eine solche Publikation als Beispiel für eine kontroverse und pluralistische Darstellungsweise zu begrüßen ist, stellt sich weiterhin die Frage, warum sowohl das französische Bildungsministerium in seinem Leitfaden für SchülerInnen als auch die Bundeszentrale für politische Bildung in ihrer Vorzeigepublikation „Informationen zur politischen Bildung“ derlei einseitige Beschreibungen der Eurokrise veröffentlichten. Die Verbreitung von im Auftrag von privaten Interessengruppen veröffentlichten, tendenziösen Unterrichtsmaterialien in Deutschland ist ein weiteres Problem (vgl. auch van Treeck 2015).

Es wäre wichtig zu untersuchen, in welchem Ausmaß die Unterschiede in den Schulmaterialien französische und deutsche SchülerInnen tatsächlich in ihrer Wahrnehmung und ihrem Wissen über die Eurokrise beeinflussen. Es wäre nicht wünschenswert, wenn die SchülerInnen in Europa ebenso einseitig und national ausgerichtet in ihren Interpretationen der Krise wären, wie es die aktuellen politischen Auseinandersetzungen zwischen den europäischen Regierungen sind.

Anmerkungen

- 1 „Quelle est la place de l'Union européenne dans l'économie globale?“ (Éduscol 2013: 1).
- 2 „[...] le choix d'une déflation salariale par l'Allemagne qui rend le 'modèle allemand' non généralisable.“ (Éduscol 2013: 5).
- 3 „[...] le Pacte de Stabilité et de Croissance [...] n'a pas été un bon instrument pour prévenir la crise et pour y répondre“ (Éduscol 2013: 4).
- 4 „[...] une politique discrétionnaire en faveur de la croissance.“ (Éduscol 2013: 5).
- 5 „La crise des dettes souveraines: un révélateur des défauts de gouvernance de la zone euro“ (Éduscol 2013: 6).
- 6 „La zone euro: une enfance difficile“ (Creel et al. 2008).
- 7 „Zone euro: no future?“ (Laurent/Le Cacheux 2010).
- 8 „L'Europe peut-elle se passer d'un gouvernement économique ?“ (Jamet 2011).
- 9 „[...] dangereuse obsession“ (Creel et al. 2008: 4).
- 10 „[...] course à la compétitivité-coût“ (Creel et al. 2008: 4).
- 11 „[...] dont les effets sur la croissance globale de la zone sont très négatifs“ (Creel et al. 2008: 4).
- 12 „[...] stratégies opportunistes nationales“ (Creel et al. 2008: 4).
- 13 „[...] une politique rigoureuse de modération salariale et de concurrence fiscale“ (Creel et al. 2008: 4).
- 14 „[...] une faiblesse persistante de la demande intérieure allemande“ (Creel et al. 2008: 4).
- 15 „[...] des excédents commerciaux considérables“ (Creel et al. 2008: 4).
- 16 „[...] s'engager franchement dans un plan de relance coordonné“ (Creel et al. 2008: 4).
- 17 „[...] non seulement inefficace mais coûteuse pour l'avenir même du projet européen, qui s'abîme dans la concurrence sociale et fiscale.“ (Creel et al. 2008: 4).
- 18 „[...] une austérité si brutale et si sévère“ (Laurent/Le Cacheux 2010: 1).
- 19 „[...] sera à coup sûr contre-productive.“ (Laurent/Le Cacheux 2010: 1).
- 20 „[...] ont [...] répandu la crise partout sur le continent“ (Laurent/Le Cacheux 2010: 1).
- 21 „[...] ne peuvent que déprimer la demande intérieure de la zone euro, rendant la stabilisation des endettements publics encore plus problématique.“ (Laurent/Le Cacheux 2010: 2).
- 22 „[...] aucunement fait la preuve de son succès en termes de croissance économique et de bien-être des citoyens.“ (Laurent/Le Cacheux 2010: 2).
- 23 „[...] dans la spirale déflationniste“ (Laurent/Le Cacheux 2010: 3).
- 24 „[...] économiquement inefficace et horriblement coûteux socialement, voire politiquement.“ (Laurent/Le Cacheux 2010: 4).

- 25 „[...] l'occasion de renforcer les disciplines budgétaires“ (Laurent/Le Cacheux 2010: 2).
- 26 „[...] tenants de l'orthodoxie“ (Laurent/Le Cacheux 2010: 2).
- 27 „[...] destinées à promouvoir la croissance dans l'ensemble de la zone euro et [...] la réduction des handicaps de compétitivité de ses membres les plus vulnérables“ (Laurent/Le Cacheux 2010: 2).
- 28 „[...] pris au collet par les exigences d'afficher immédiatement des programmes de réduction de dépenses pour faire acte de contrition et de bonne volonté dans la lutte contre les déficits“ (Laurent/Le Cacheux 2010: 2).
- 29 „L'expérience des ajustements structurels du FMI a en effet montré que les politiques d'austérité ont des effets pervers lorsqu'elles tuent l'investissement“ (Jamet 2011: 132).
- 30 „L'investissement doit donc constituer le cœur de la politique européenne de croissance de ces prochaines années“ (Jamet 2011: 133).
- 31 Heinemann/Schmuck 2012: 1.
- 32 Heinemann/Schmuck 2012: 1.
- 33 Heinemann/Schmuck 2012: 3.
- 34 Heinemann/Schmuck 2012: 1.
- 35 Heinemann/Schmuck 2012: 6.
- 36 Heinemann/Schmuck 2012: 6.
- 37 Heinemann/Schmuck 2012: 6.
- 38 Wirtschaft und Schule 2011.
- 39 Wirtschaft und Schule 2011. Technisch gesehen ist diese Aussage unsinnig, da sie impliziert, dass nominale Lohnstückkosten niemals steigen sollen. Jedoch würde dies bedeuten, dass die Inflation entweder bei Null liegt (was dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank von ungefähr zwei Prozent widerspricht) oder sich der Anteil der Löhne am Volkseinkommen langfristig Null annähert.
- 40 Wirtschaft und Schule 2011.
- 41 Neumaier 2012: 1.
- 42 Neumaier 2012: 7.
- 43 Neumaier 2012: 7.
- 44 Neumaier 2012: 7.
- 45 Neumaier 2012: 7.

Literaturverzeichnis

- bpb (2014): Europäische Schuldenkrise (zuletzt abgerufen am 21. Juli 2015 unter: <http://www.bpb.de/politik/wirtschaft/schuldenkrise/>).
- Creel, Jérôme/Fitoussi, Jean-Paul/Laurent, Eloi/Le Cacheux, Jacques (2008): La zone euro: une enfance difficile, Lettre de l'OFCE n° 304 (zuletzt abgerufen am 21 Juli 2015 unter: <http://www.ofce.sciences-po.fr/pdf/lettres/304.pdf>).
- Éduscol (2013): Fiche 2.2: Quelle est la place de l'Union européenne dans l'économie globale? (zuletzt abgerufen am 21 Juli 2015 unter: http://cache.media.eduscol.education.fr/file/SES_terminale_allegements/32/6/2.2_UE_ds_l_eco_-_cor_264326.pdf).
- Heinemann, Friedrich/Schmuck, Otto (2012): Euro am Scheideweg? Info aktuell, Bundeszentrale für politische Bildung (zuletzt abgerufen am 21 Juli 2015 unter: http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/infoaktuell_EURO_barrierefrei_0.pdf).
- Jamet, Jean-Francois (2011): L'Europe peut-elle se passer d'un gouvernement économique?, La documentation française.
- Laurent, Eloi/Le Cacheux, Jacques (2010): Zone euro: no future?, Lettre de l'OFCE n° 320 (zuletzt abgerufen am 21 Juli 2015 unter: <http://www.ofce.sciences-po.fr/pdf/lettres/320.pdf>).
- Neumaier, Peter (2012): Europas Sparpolitik– Teufelskreis oder Befreiungsschlag?, Böckler Schule.
- Schulministerium NRW: Verzeichnis der zugelassenen Lernmittel: Gymnasiale Oberstufe, Sozialwissenschaften (zuletzt abgerufen am 21 Juli 2015 unter: https://www.schulministerium.nrw.de/docs/Schulsystem/Medien/Lernmittel/Gymnasiale_Oberstufe/index.html#A_30).
- Van Treeck, Till (2014): Wirtschaftsweise im Klassenzimmer, Capital, 8 December 2014, (zuletzt abgerufen am 21. Juli 2015: <http://www.capital.de/meinungen/wirtschaftsweise-im-klassenzimmer-3122.html>).
- van Treeck, Till (2015): Zunehmende Ungleichheit: Folge oder Ursache der jüngsten Wirtschaftskrisen? in: Zeitschrift für Gemeinschaftskunde, Geschichte und Wirtschaft – Deutschland & Europa, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (lpb), Heft 69-2015 (zuletzt abgerufen am 13. Augusti 2015: http://www.deutschlandundeuropa.de/69_15/bricht_europa.pdf).
- Wirtschaft und Schule (2011): Die Ursachen der Euro-Schuldenkrise (zuletzt abgerufen am 21. Juli 2015: <http://www.wirtschaftundschule.de/aktuelle-themen/globalisierung-europa/schuldenkrise-der-euro-laender/die-ursachen-der-euro-schuldenkrise/>).

Impressum

CIVES-Praxistest #4, 14.08.2015

ISSN (Online) 2364-6292

Impressum

Herausgeber (Verantwortlicher i. S. v. § 55 RStV Abs. 2):

Univ.-Prof. Dr. Till van Treeck

Universitätsstr. 12

45117 Essen

Deutschland

Tel. +49 201-183-2877

E-Mail: till.vantreeck@uni-due.de

Internet: <https://www.uni-due.de/soziologie/treeck.php>

Darüber hinaus gilt das Impressum der Universität Duisburg-Essen, das unter <https://www.uni-due.de/de/impressum.shtml> zu finden ist.

Redaktion/Layout:

Julian Becker

Redaktionsanschrift:

CIVES! School of Civic Education

Fakultät für Gesellschaftswissenschaften

Universität Duisburg-Essen

Universitätsstr. 12

45117 Essen

Tel. +49 201-183-6909

<http://www.cives-school.de>

info@cives-school.de

„Disclaimer“:

Das Copyright sowie die inhaltliche Verantwortung liegen bei den Autoren. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von den Autoren selbst verantwortet und geben nicht die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder.

Dieser *CIVES-Praxistest* enthält Hinweise auf und Verknüpfungen zu Websites und digitalen Dokumenten Dritter („externe Links“). Diese Dokumente und Websites unterliegen der Haftung der jeweiligen Herausgeber oder Betreiber. Die Herausgeber oder Autoren des *CIVES-Praxistest* haben keinerlei Einfluss auf die aktuelle und zukünftige Gestaltung und auf die Inhalte der verknüpften Seiten. Das Setzen von externen Links bedeutet nicht, dass sich der Anbieter die hinter dem Verweis oder Link liegenden Inhalte zu Eigen macht. Eine ständige Kontrolle dieser externen Links ist für den Anbieter ohne konkrete Hinweise auf Rechtsverstöße nicht zumutbar. Bei Kenntnis von Rechtsverstößen werden jedoch derartige externe Links unverzüglich gelöscht.

Weitere Beiträge in den CIVES-Reihen

CIVES-Praxistest #3, 23.02.2015

Till van Treeck:

Wirtschaft und Schule: „Notwendigkeit der Altersvorsorge“

<http://cives-school.de/wp-content/uploads/2015/02/CIVES-Praxistest3.pdf>

CIVES-Praxistest #2, 14.01.2015

Silvia Blum, Roxana Langner, Zhu Zhai, Sabine Manzel:

Soziale Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt: Fokus Geschlechtergerechtigkeit

Unterrichtsentwurf

<http://cives-school.de/wp-content/uploads/2015/01/CIVES-Praxistest2.pdf>

CIVES-Praxistest #1, 01.12.2014

Till van Treeck:

Handelsblatt macht Schule: „Unsere Wirtschaftsordnung“

Kurzgutachten zur Unterrichtseinheit

<http://cives-school.de/wp-content/uploads/2014/12/CIVES-Praxistest1.pdf>

CIVES-Forum #2, 10.07.2015

Annika Overdick, Sabine Manzel

Feedback geben im Politikunterricht

Konstruktion eines Auswertungsmanuals und Hypothesengenerierung zum Einfluss von Feedback auf Schülerverhalten

<http://cives-school.de/wp-content/uploads/2015/07/CIVES-Forum2.pdf>

CIVES-Forum #1, 23.02.2015

Silvia Blum

Wie werden SchülerInnen im Wirtschaftsunterricht mit der Mindestlohnthematik konfrontiert?

Die Mindestlohndebatte in Unterrichtsmaterialien

<http://cives-school.de/wp-content/uploads/2015/02/CIVES-Forum1.pdf>